

ses politische Ereignis im Unterricht auswerten können. Wir legten fest:

Der Genosse Vertrauensmann wird eine Stellungnahme des Kollegiums mit dem Inhalt vorbereiten, daß sich alle Kollegen zum bevorstehenden Beschluß der Volkskammer bekennen, weil das Wehrpflichtgesetz dazu beiträgt, daß der Frieden in Deutschland weiter gefestigt wird.

Für die politische Information der Lehrer stellten wir u. a. folgende Schwerpunkte heraus: Die Pflicht des Staates ist es, seine Souveränität, die Unantastbarkeit seines Territoriums gegen jede Aggression zu schützen. — Der Dienst in der Nationalen Volksarmee ist eine gerechte nationale Sache! — Das Gesetz steht in enger Beziehung zur Schule. Wir erziehen und bilden Jungen, die in wenigen Jahren den Schutz unseres Staates übernehmen sollen.

Für die Arbeit mit den Pionieren und Schülern (besonders in der Unterstufe) sind u. a. folgende Gedanken erarbeitet worden: Gegen die Feinde der Arbeiter und Bauern, gegen die westdeutschen Imperialisten und Militaristen brauchen wir einen sicheren Schutz. — Unsere Nationale Volksarmee und die Kampfgruppen schützen uns vor den Feinden. — Unsere Republik steht nicht allein. Sie hat gute und starke Freunde.

Der pädagogisch-methodische Hinweis lautete: Die Kinder sollen erkennen, daß gerade jetzt die Wehrpflicht eine Notwendigkeit darstellt; aus dieser Erkenntnis müssen Taten der Schüler wachsen.

Bei der einstündigen politischen Information der Lehrer (am Tage nach der Verkündung der Wehrpflicht) stimmten alle Kollegen dem Wehrpflichtgesetz zu. Sie brachten zum Ausdruck, daß das Gesetz ein Teil des Kampfes um den Frieden ist, den unser Staat beharrlich und konsequent seit dem ersten Tag seines Bestehens führt. Sie erkannten: Die Stärke und Schlagkraft unserer Armee hängt weitgehend von der politischen und moralischen Geschlossenheit ihrer Soldaten ab. Dazu muß die Schule einen entscheidenden Beitrag leisten.

Wir Genossen messen der klaren Parteinahme unserer Kollegen Lehrer eine

große Bedeutung bei, denn sie kommt ja dann bei der politischen Unterrichtung der Schüler zum Ausdruck.

## Die Nutzenanwendung

Wie fand die politische Information der Kollegen im Unterricht ihren Niederschlag? In der 10. Klasse wurde die erste Unterrichtsstunde genutzt, um mit den Schülern über das Wehrpflichtgesetz zu diskutieren: Erfreulich war, festzustellen, daß die Jungen und Mädchen auf diese Aussprache warteten und daß sie sich schon mit dem Gesetz befaßt hatten. Unaufgefordert hatten sie die Tageszeitungen mitgebracht.

Verstoßen wir mit dem Wehrpflichtgesetz nicht gegen das Potsdamer Abkommen? — war dann eine Hauptfrage der Schüler. In einer lebhaften Diskussion klärte die Lehrerin, eine Genossin, diese Frage mit den Schülern, indem sie die Entwicklung in Deutschland nach 1945 behandelte. Wichtige Erkenntnisse konnten dabei herausgearbeitet werden: Die Westmächte hielten sich in keiner Weise an das Potsdamer Abkommen (keine Enteignung der Monopolisten; Pariser Verträge; Bonner Wehrpflichtgesetz von 1956; (NATO). Ist die DDR nicht jederzeit zu Verhandlungen über Abrüstung bereit? Ist sie nicht für eine militärische Neutralität ganz Deutschlands? Unsere Volksarmee dient dem Kampf gegen Militarismus und Krieg — folglich: unser Wehrpflichtgesetz verstößt nicht gegen das Potsdamer Abkommen.

Als Ergebnis der Stunde konnte die Lehrerin feststellen: Alle Schüler haben die Notwendigkeit des Gesetzes erkannt.

In einer 8. Klasse wurde die Behandlung des Wehrpflichtgesetzes mit dem Rechtsschreibeunterricht verbunden. Die Übungstexte nahm der Lehrer aus Zeitungsberichten. Als orthographische Übung sollten Fremdwörter und zur Wiederholung die Zeichensetzung behandelt werden. Gleichzeitig wurden die in diesem Komplex auftretenden besonderen Begriffe in Form des Unterrichtsgesprächs erläutert. An der Tafel standen dann Wörter wie Verteidigungsbereitschaft, Wehrpflicht, Kriegstreiber, Imperialismus,